



Leni Breymaier

Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressebericht

Aalen, 03.04.2019

Bezug:

Anlagen:

Breitband und bezahlbarer Mietwohnraum sind Probleme in Jagstzell

Jagstzell - Die Gemeinde Jagstzell besuchte die SPD-Bundestagsabgeordnete Leni Breymaier in diesen Tagen auf Einladung von Bürgermeister Raimund Müller. Gemeinsam mit Müller, dem 1. stellvertretenden Bürgermeister Matthias Schlosser und den beiden Gemeinderäten Klaus Thalhammer und Wolfgang Kling diskutierte die Abgeordnete über aktuelle Themen und die positive Entwicklung der Gemeinde.

„Großen Wert legen wir in Jagstzell auf das Thema Bürgerbeteiligung. Wir beziehen die Einwohnerinnen und Einwohner in die großen und kleinen Projekte von Anfang an ein; die Ergebnisse daraus sind durchweg positiv“, unterstrich Bürgermeister Müller. Als zentrale Problemfelder benannten die Gemeinderäte die Themen Ärzteversorgung, Breitband- und Mobilfunkversorgung sowie die Möglichkeiten bezahlbare Mietwohnungen im Ort zu schaffen. Es sei bedauerlich, dass die Ansage der Großen Koalition, jeden Hof an die Breitbandversorgung anschließen zu wollen, noch nicht vollständig durchgreife. Auch bei der Mobilfunkversorgung hoffen die Gemeindevertreter auf mehr Tatkraft und Entschlossenheit von Bund und Land, wenn es um die neue Mobilfunktechnologie 5G gehe. Für kleinere Kommunen sei es wichtig, dass Förderprogramme unkompliziert und mit klaren Ansprechpartnern zugänglich gemacht würden.

„Viel bleibt am Ende an den Kommunen hängen“, so Müller und erläuterte die finanzielle Belastung für Jagstzell beim Thema Kita-Betreuung, auch wenn dies ohne Frage eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei. „Bildung und Betreuung sind Aufgaben, die unsere Gesellschaft finanzieren muss und nicht einem Wettbewerb zwischen den einzelnen Gemeinden unterliegen

Wahlkreisbüro Berliner Büro

Silcherstraße 20 73430 Aalen	Platz der Republik 1 11011 Berlin
Telefon: +49 7361-5588093	Telefon: +49 30 227-75471
Telefax: +49 7361-5588095	Telefax: +49 30 227-70470
leni.breymaier.wk@bundestag.de	leni.breymaier@bundestag.de



darf. Da muss man Prioritäten setzen. Das Land wurde durch den Bund in die Lage versetzt die Gemeinden zu entlasten“, hob Breymaier hervor.

Die SPD-Abgeordnete unterstrich auch, dass man nach wie vor unzufrieden mit dem Verkehrsministerium sei, wenn es um Themen der Daseinsvorsorge, wie den Breitbandausbau oder die Mobilfunkabdeckung gehe. Sie persönlich sehe die heutigen Probleme beim Wohnungsmarkt und in der Versorgung zentraler, öffentlich Güter im Privatisierungswahnsinn, der seit den neunziger Jahren geherrscht habe. Inzwischen besinne man sich darauf, dass „der Markt eben nicht alles von alleine regle“, so die Abgeordnete.